

Bundestagswahlen 2017

Ortsübliche Bekanntmachung der Gemeinde Sersheim

Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten an Parteien, Wählergruppen u.a. bei Wahlen und Abstimmungen

Gemäß § 50 Absatz 1 Bundesmeldegesetz (BMG) in der seit 1. November 2015 geltenden Fassung darf die Meldebehörde Parteien, Wählergruppen und anderen Trägern von Wahlvorschlägen im Zusammenhang mit Wahlen und Abstimmungen auf staatlicher und kommunaler Ebene in den sechs der Wahl oder Abstimmung vorangehenden Monaten so genannte Gruppenauskünfte aus dem Melderegister erteilen. Die Auswahl ist an das Lebensalter der betroffenen Wahlberechtigten gebunden. Die Auskunft umfasst den Familiennamen, Vornamen, Doktorgrad und derzeitige Anschriften sowie, sofern die Person verstorben ist, diese Tatsache.

Die Geburtsdaten der Wahlberechtigten dürfen dabei nicht mitgeteilt werden. Die Person oder Stelle, der die Daten übermittelt werden, darf diese nur für die Werbung bei einer Wahl oder Abstimmung verwenden und hat sie spätestens einen Monat nach der Wahl oder Abstimmung zu löschen oder zu vernichten.

Die Wahlberechtigten haben das Recht, der Datenübermittlung zu widersprechen. Der Widerspruch kann bei der Gemeinde Sersheim, Schloßstraße 21, 74372 Sersheim eingelegt werden. Bei einem Widerspruch werden die Daten nicht übermittelt. Der Widerspruch gilt bis zu seinem Widerruf.

Sersheim, den 08.02.2017

Jürgen Scholz
Bürgermeister

✂-----✂-----

An das Bürgermeisteramt Sersheim
-Einwohnermeldeamt-
Schloßstraße 21
74372 Sersheim

Widerspruch gegen die Weitergabe von Daten an Parteien und Wählergruppen

Ich/ Wir widerspreche/n der Weitergabe meiner/unsere/r Daten an Parteien und Wählergruppen im Zusammenhang mit allgemeinen Wahlen, wie sie die Meldebehörde nach §50 Abs. 1 Bundesmeldegesetz vornehmen darf.

Name, Vorname, Geburtsdatum

Name, Vorname, Geburtsdatum

Straße, Hausnummer

Straße, Hausnummer

Datum, Unterschrift

Datum, Unterschrift
